

Fragmentierung der Kollektive

Prof. Dr. Dirk Looschelders
Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf

Grundlagen

1. Begriff und Funktion der Versicherung

→ Risikoausgleich im Kollektiv

2. Begriff des Kollektivs aus juristischer Sicht

a) Versicherungsaufsichtsrecht

- Wahrung der kollektiven Interessen der Versicherten bzw. Verbraucher („kollektiver Verbraucherschutz“)
- Schutz des Einzelnen als bloßer „Rechtsreflex der Aufsichtstätigkeit“

b) Versicherungsvertragsrecht

- Individuelle Betrachtung des Verhältnisses zwischen dem Versicherer und dem einzelnen VN („individueller Verbraucherschutz“)
- Im Verhältnis zwischen den VN besteht kein Schuldverhältnis

3. Ausstrahlung kollektiver Interessen auf das Vertragsrecht

a) Interessengegensätze im Kollektiv

- **Bsp. Lebensversicherung:** Interessen der VN, die sich vorzeitig vom Vertrag lösen wollen ↔ Interessen der VN, die am Vertrag festhalten wollen
- Pflicht des Gesetzgebers zur Schaffung eines **angemessenen Interessenausgleichs**; Notwendigkeit der **Rücksichtnahme auf das Kollektiv**

b) Das Lebensversicherungsreformgesetz vom 1.8.2014

- Einschränkung der Beteiligung ausscheidender VN an **Bewertungsreserven**
- Kollektive Betrachtung der Interessen der **ausscheidenden VN**
- Fragmentierung durch **Bildung von Teilkollektiven** durch den Gesetzgeber

4. Fragmentierung der Kollektive und Grenzen der Versicherbarkeit

→ Prämiendifferenzierung nach objektiven und subjektiven Risikomerkmale

- **Vorteile:** Prämiengerechtigkeit, Vermeidung von Antiselektion
- **Problem:** Grenzen der Versicherbarkeit
 - Bsp. 1) Haftpflichtversicherung für Hebammen
 - Bsp. 2) Versicherung von Elementarrisiken (zB Hochwasserschäden)
- **Mögliche Lösungen:**
 - Risikoausgleich in der Zeit (bei Elementarrisiken)
 - Begrenzung von Haftungsrisiken (zB des Rückgriffs von Sozialversicherern)
 - Einführung einer gesetzlichen Pflichtversicherung
 - Fondslösungen und staatliche Hilfen (distributive Gerechtigkeit)
 - Vermeidung oder Minimierung von Risiken (Prävention)

Rechtliche Differenzierungsverbote

1. Schutzzwecke von Differenzierungsverboten

- Verhinderung willkürlicher Diskriminierungen (Art. 3 GG, Art. 21 GR-Charta)
- Verwirklichung gesellschaftspolitischer Ziele (insbes. Gleichberechtigung)

2. Genetische Daten

Schutzgüter: Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Recht auf Nichtwissen (Art. 1, 2 Abs. 1 GG)

Rechtsgrundlage: § 18 GenDG

- Verlangen des VR nach **Vornahme von Gentests**: generell unzulässig
- Verlangen oder Entgegennahme der **Mitteilung von Ergebnissen** aus **bereits erfolgter** genetischer Untersuchung: (nur) bei hohen Versicherungssummen (einmalig mehr als 300.000 EUR oder 30.000 EUR Jahresrente) zulässig
→ Arg.: Keine Verletzung des Rechts auf Nichtwissen

3. Geschlecht

- EuGH vom 1.3.2011 (Test Achats):
Unzulässigkeit der geschlechtsspezifischen Tarifierung ab 21.12.2012
- Grundfragen
- Rechtfertigung einer Differenzierung durch statistische Daten
- Gruppenorientierte versus individuelle (Prämien-) Gerechtigkeit
- Einschränkung der Vertragsfreiheit wegen gesellschaftspolitischer Ziele
- Abkopplung der Prämienhöhe im Verhältnis zum VN von der internen Kalkulation

4. Alter

- Leitlinien der Kommission vom 22.12.2011 zu Test Achats: Keine Übertragbarkeit der Argumentation des EuGH auf eine Ungleichbehandlung wegen des Alters
- Art. 21 Abs. 1 GR-Charta schützt nur vor Diskriminierung wegen des Alters; insoweit besteht keine gesellschaftspolitische Zielsetzung zur Förderung der Gleichstellung

Individuelle Merkmale des Versicherten

These der Generalanwältin: Geschlecht als bloßer „Proxy“ → Anknüpfung an individuelle Merkmale des VN (zB Lebens- und Ernährungsgewohnheiten)

Probleme:

- Schwierigkeiten bei Feststellung individueller Merkmale
- Veränderlichkeit der Lebens- und Ernährungsgewohnheiten
- Irrelevanz von Gefahrerhöhungen in der Krankenversicherung
(→ Schutz der Autonomie in Bezug auf die individuelle Lebensführung)
- Enger Bezug der individuellen Risikomerkmale zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Betroffenen (Art. 1, 2 Abs. 1 GG)
- Verfassungs- und datenschutzrechtliche Probleme

Auswirkungen der modernen IT-Techniken

Erhöhung der Möglichkeiten zum Rückgriff auf individuelle Daten des VN durch **moderne IT-Techniken** – Aktuelle Beispiele

1. Telematik-Tarife in der Kfz-Versicherung („pay as you drive“)
2. Berücksichtigung „laufender“ Gesundheitsdaten in der PKV

Bedenken in der öffentlichen Diskussion:

- Gefahren für den Datenschutz
- Problem des „gläsernen Patienten“
- „Atomisierung“ des Kollektivs

Würdigung

1. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen

- Kein absoluter Schutz der informationellen Selbstbestimmung zwischen Privaten (**mittelbare Drittwirkung** der Grundrechte)
- **Freiheit des Einzelnen zur Offenbarung seiner Daten**
- Aber: **Schutzpflicht des Staates** bei **Ungleichgewicht** der Parteien (BVerfG: wenn der VN zur Sicherung seiner persönlichen Lebensverhältnisse auf den Vertrag angewiesen ist und ohne die Einwilligung in die Verwendung seiner Daten keinen Versicherungsschutz erhalten würde)

2. Datenschutzrecht

a) **Erforderlichkeit für die Erfüllung eigener Geschäftszwecke**

(§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BDSG)

Voraussetzungen: Erforderlichkeit (je nach Tarifmodell), konkrete Festlegung der Zwecke; klare und verständliche Information des Betroffenen

b) **Einwilligung des Betroffenen (§ 4a BDSG)**

- Freiwilligkeit: kann bei wirtschaftlicher oder sozialer Unterlegenheit fehlen, wenn übermäßige Anreize nur bei Preisgabe der Daten bestehen
- Verständliche Information des Betroffenen („informierte Einwilligung“)

c) **Generelle Anforderungen (§ 3a BDSG)**

- Datenvermeidung und Datensparsamkeit
- Anonymisierung oder Pseudonymisierung – soweit möglich und zumutbar

3. Sonstige Bedenken

- **Missbrauchsrisiken**
Gefahr einer missbräuchlichen Verwendung von Daten rechtfertigt kein generelles Verbot. Ausnahme: Unbeherrschbarkeit der Missbrauchsrisiken
- **Nachteile für VN in anderen Tarifen und „schlechte Risiken“**
entspricht Grundsatz der risikogerechten Tarifierung; Schutz der VN vor Prämien erhöhungen in bestehenden Verträgen über § 203 VVG;
aber: eventuell Anstieg der „normalen“ Tarife bei Neuverträgen
- **Widerspruch zur Funktion der (Kranken-) Versicherung**
Äquivalenzprinzip als Kernelement der PKV ↔ soziale Funktion der PKV;
Individualisierung der Tarife ↔ Risikoausgleich im Kollektiv

Fazit

- Spannungsverhältnis zwischen der Zusammenfassung von Risiken im **Kollektiv** und dem Ziel der **Individualisierung** der Tarife
- Fehlen eines **Gerechtigkeitsmaßstabs** für Grad der Individualisierung
- Lösung mit Hilfe des Grundsatzes der **Vertragsfreiheit**
- **Schutzpflicht des Staates** bei Störung der Vertragsparität; Herstellung eines **Ausgleichs** zwischen den divergierenden Interessen im Kollektiv
- **Chancen und Risiken** der modernen IT-Techniken

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**